

Gemeinderat Adliswil

Protokoll der 18. Plenumsitzung vom 5. März 2008

19.00 Uhr, Aula Schulhaus Hofern

Anwesend Ratspräsident Fredi Morf
29 Ratsmitglieder
Ratssekretärin Ida Hofstetter Protokoll
Ratsweibel Heinz Jordi

**Entschuldigt
abwesend** 6 Ratsmitglieder

Präsenz der Exekutivbehörde

Stadtrat	Harald Huber	Stadtpräsident
	Didier Falbriard	Sicherheit, Umwelt
	Mario Fehr	Jugend, Freizeit, Sport
	Stephan Herzog	Soziales
	Walter Müller	Finanzen
	Dr. Alphons Kappeler	Hochbau
	Astrid Romer Schneiter	Tiefbau
	Heinz Spälti	Gesundheit, Umwelt
	Patrick Stutz	Werke

Stadtschreiber Bruno Aebischer

Schulpflege Rita Rapold Schulpräsidentin

Geschäfte

1. Mitteilungen

2. Ersatzwahlen

2.1 Ersatzwahl eines Mitgliedes der RGPK

2.2 Ersatzwahl des RGPK-Präsidiums

3. Teilrevision des Zweckverbandvertrages ARA Sihltal (SRB 329/07)

Antrag des Stadtrates auf Zustimmung zur Teilrevision des Zweckverbandvertrages ARA Sihltal vom 13. März 1974 zuhanden der Urnenabstimmung und Genehmigung der Weisung zur Urnenabstimmung

4. Stellenbudget 2008 (SRB 30/08)

Wiedererwägungsantrag des Stadtrates auf Zustimmung zu den Etatveränderungen und Genehmigung des Stellenplans

5. Budget 2008 (SRB 32/08)

Anträge des Stadtrates auf Genehmigung des ordentlichen Budgets und der Globalbudgets 2008, Festsetzung des Gemeindesteuerfusses

Dieses Traktandum gilt auch als allgemeine Fragestunde.

6. Organisations- und Verwaltungsreform der Stadt Adliswil

Postulat von Clemens Ruckstuhl betr. Organisations- und Verwaltungsreform der Stadt Adliswil, Begründung

7. Trinkwasserversorgung Adliswil

Interpellation von Clemens Ruckstuhl und Roger Neukom betr. Trinkwasserversorgung Adliswil, Begründung

8. Verkehrsunfälle Grütstrasse

Interpellation von Susy Senn betr. Verkehrsunfälle Grütstrasse, Begründung

1. Mitteilungen

1.1 Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung liegen folgende Entschuldigungen vor:

Sait Acar	Ferien
Brigitte Abstreiter	Ferien
Kurt Frei	berufliche Verpflichtung
Barbara Häberli	Ferien
Bernd Riesen	Ferien
Yannick Wettstein	Auslandaufenthalt

1.2 Ersatzstimmzähler

Der Ratspräsident bestimmt infolge Abwesenheit des 1. Stimmzählers Ruedi Stieger zum Ersatzstimmzähler.

1.3 Neues Ratsmitglied

Der Ratspräsident heisst **Renato Güntert** als Nachfolger von Patrick Stutz herzlich willkommen und wünscht ihm alles Gute und viel Freude im Gemeinderat.

1.4 Dank an Stadtrat Patrick Stutz

Weil Patrick Stutz bis Ende 2007 noch Gemeinderat war, wurde ihm an der letzten Sitzung für die Wahl in den Stadtrat gratuliert. Heute dankt ihm der Ratspräsident noch speziell für sein grosses Engagement sowohl im Gemeinderat als auch in der RGPK.

Stadtrat Patrick Stutz bedankt sich für die wohlwollenden Worte.

1.5 Feststellung der Rechtskraft von Beschlüssen des Gemeinderates

Die Beschlüsse des Gemeinderates von den Sitzungen vom 5. und 19. Dezember 2007 haben Rechtskraft erlangt.

1.6 Überweisungen an die RGPK

Am 9.2.08 wurde überwiesen:

- Antrag des Stadtrates auf Zustimmung zum Stellenplan 2008
- Anträge des Stadtrates auf Genehmigung des ordentlichen Budgets 2008, der Globalbudgets 2008 und Festsetzung des Gemeindesteuerfusses

1.7 Fristverlängerung für pendente parlamentarische Vorstösse:

Für die Beantwortung des Postulates von Clemens Ruckstuhl und 7 Mitunterzeichneten betr. Fussgängerstreifen Soodstrasse ist mit Clemens Ruckstuhl eine Fristverlängerung bis Mai 2008 vereinbart worden.

1.8 Fraktionserklärungen und persönliche Erklärungen

Ruedi Bräuer, Freie Wähler:

Ich beziehe mich auf die Medienmitteilung zum Thema „Überprüfung der Qualitäts- und Sicherheitsstandards“. Was bezüglich diesen beiden Fachgebieten steht, stimmt nicht. Die Qualitätsstandards haben nämlich nichts mit dem Trinkwasser zu tun. Auch die EKAS (Eidgenössische Koordinationskommission für Arbeitssicherheit) beschäftigt sich ausschliesslich mit Arbeitssicherheit, kümmert sich also um die Umsetzung des Unfallversicherungsgesetzes (UVG) und bietet keine Qualitäts- und Sicherheitsstandards für ARA's. Und auch die Spezialisten der SUVA, welche am 15. März 2007 die Baustelle der ARA besuchten, haben ausschliesslich den gesetzlichen Auftrag aus dem UVG, die Arbeitssicherheit zu kontrollieren.

Dafür zu sorgen, dass eine Verschmutzung des Leitungsnetzes unter allen Umständen ausgeschlossen ist, ist Sache der Trinkwasserversorgung. Dafür gibt es sogenannte Systemtrenner oder Rückflussverhinderer, dies aber gibt es offenbar bei der ARA nicht.

Ich weise darauf hin, dass es den SVGW (Schweizerischer Verein des Gas- und Wasserfaches) gibt. Adliswil ist auch Mitglied dieses Vereins. Dort bekommt man kompetente Beratung zum Thema Qualitätssicherung in der Trinkwasserversorgung. Wie man sich auf besondere Situationen vorbereitet, ist in der Empfehlung "Trinkwasser in Notlagen" beschrieben.

Die unprofessionelle Art, in welcher die Pressemitteilung verfasst wurde, wirft ein schiefes Licht auf deren Verfasser. Sie schießt völlig am Ziel - die Sicherung unseres Trinkwassers - vorbei. Es bleibt nur zu hoffen, dass bald eine professionelle Betriebsführung die Missstände in unserer Trinkwasserversorgung behebt.

Nicole Kappeler, CVP:

Aus dem revidierten Budget 2008 konnte entnommen werden, dass der Unterricht in biblischer Geschichte, der so genannte B-Unterricht an der Primarstufe, nicht mehr enthalten ist. Wie kam es dazu? Die Schule hatte vom Stadtrat den Auftrag gefasst, alle Ausgaben aufzulisten, welche nicht gesetzlich gebunden sind. Dazu gehörten Klassenlager/Schulreisen, Exkursionen und der B-Unterricht. Der Stadtrat beschloss, den B-Unterricht zu streichen.

Wir von der CVP finden dies auf längere Sicht eine schlechte Lösung, bei der nur kurzfristig gespart wird und elementare Grundwerte bei unseren Kindern und Jugendlichen verloren gehen, welche für eine gesunde und gut funktionierende Gesellschaft von grosser Wichtigkeit sind.

Wir zitieren Inhalte aus dem Brief der Römisch Katholischen, der Reformierten und Methodistischen Pfarreien von Adliswil, welche sich in einem Brief an alle Fraktionen gewendet haben. Darin steht u. a., dass bereits 2004 der Regierungsrat aus Spargründen den B-Unterricht streichen wollte. In Rekordzeit kam dann jedoch mit über 50'000 Unterschriften eine Volksinitiative zustande, welche die Weiterführung des B-Unterrichts verlangte. Der dadurch entstandene politische Druck und ein dringliches Postulat im Kantonsrat haben den Regierungsrat veranlasst, einen Gegenvorschlag vorzulegen. Dieser wurde am 15. Januar 2007 im Kantonsrat mit grossem Mehr verabschiedet.

In der Zwischenzeit haben die meisten Gemeinden - wie auch Adliswil - den B-Unterricht auf Gemeindekosten weitergeführt. Der Besuch des B-Unterrichts ist freiwillig und wurde trotzdem grossmehrheitlich von den Kindern besucht. Dies zeigt, wie gross das Interesse von Eltern und Kindern an diesem Fach ist.

Bis 2011 wird kantonsweit der neue Religionsunterricht „Religion und Kultur“ eingeführt. Streicht die Stadt Adliswil nun den B-Unterricht, so müssen Pensen gekürzt und Lehrpersonen gekündigt werden, die man ab 2011 wieder dringend werden suchen müssen, was durch den sich abzeichnenden Lehrermangel schwierig werden könnte. Zudem ist der Aufwand für die Einführung des neuen Faches Religion und Kultur ungleich höher, wenn sie nicht nahtlos aus dem bisherigen B-Unterricht hervorgehen kann. Die ganzen Umtriebe und Mehraufwände werden sich sicher auch finanziell bemerkbar machen, und ob wir dabei dann effektiv gespart haben, wagen wir zu bezweifeln.

Wir leben je länger je mehr in einer multikulturellen und multireligiösen Gesellschaft. Das Zusammenleben dieser verschiedenen Gruppen führt nicht selten zu Spannungen und Vorurteilen. Ganz im Sinne des neuen Schulgesetzes muss die Schule auch in diesem Bereich die Integration fördern. Das heisst, Schüler und Schülerinnen müssen ihren geschichtlichen, ethischen und religiösen Hintergrund kennen, um sich selber und die Gesellschaft besser verstehen zu können. Dieses Wissen ermöglicht ein besseres Verständnis gegenüber anderen Religionen und ethischen Werthaltungen. Nur so können wir von der Gleichgültigkeit zu einer echten Haltung der Toleranz gelangen und auch präventiv gegen das vermehrt auftretende fundamentalistische Gedankengut arbeiten.

Wir sind der Überzeugung, dass der klare Volkswille zur Weiterführung des B-Unterrichts und unsere eigene kulturelle und religiöse Geschichte nicht Opfer einer kurzfristigen Sparübung werden darf. Unsere Schweizer Kultur basiert auf christlich ethischen Werten und Einstellungen, und dem gilt es, Sorge zu tragen. Genau diese Werte werden - losgelöst von kirchlichen und somit religionsbezogenen Einstellungen - im B-Unterricht vermittelt, wie es im kantonalen Lehrplan verankert ist, und sie haben eine grosse gesellschaftliche Bedeutung. Die christliche Tradition ist Grundlage unserer Gesellschaft. Als CVP sind uns diese Grundwerte sehr wichtig, weil sie die Basis für ein konstruktives und gut funktionierendes Zusammenleben in unserer Gesellschaft sind. Diese Werte sollten auch Ihnen etwas Wert sein.

1.8 Protokolle

Zu den Protokollen vom 5. und 19. Dezember 2007 sind keine Änderungsbegehren eingegangen. Somit gelten die Protokolle als genehmigt.

1.7 Nächste Sitzung

Die nächste Sitzung findet am 9. April 2008 statt. U. a. sind Einbürgerungen geplant.

1.8 Traktandenliste

Der Ratspräsident informiert, dass die Interpellation von Clemens Ruckstuhl und Roger Neukom betr. Trinkwasserversorgung mündlich beantwortet wird.

Roger Neukom stellt folgenden Antrag:

- als Traktandum 4 wird ein neues Geschäft aufgenommen, und zwar die „Motion Einsparungen 2009“
- das Traktandum 6, das Postulat von Clemens Ruckstuhl betr. Organisations- und Verwaltungsreform der Stadt Adliswil wird als Traktandum 5 behandelt:

Genehmigung.

Die Traktanden 4, 5, 7 und 8 werden folglich zu den Traktanden 6, 7, 8 und 9.

2. Ersatzwahl Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission (RGPK)

Nachdem Patrick Stutz in den Stadtrat gewählt wurde, ist ein neues RGPK-Präsidium und -Mitglied zu wählen.

2.1 Ersatzwahl eines Mitgliedes der RGPK

Da der Ratspräsident für diese Ersatzwahl selbst zur Verfügung steht, übergibt er die Sitzungsleitung dem 2. Vizepräsidenten, Max Stenz.

Der Präsident der IFK, Roger Neukom, schlägt Fredi Morf zur Wahl vor, jedoch erst ab 8. Mai 2008, da gemäss Geschäftsordnung des Gemeinderates das Ratspräsidium nicht gleichzeitig Mitglied der RGPK sein darf.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Beschluss

Fredi Morf ist als Mitglied der RGPK ab 8. Mai 2008 für den Rest der Amtsdauer 2006 - 2010 **gewählt**.

Fredi Morf bedankt sich fürs Vertrauen, das ihm mit dieser Wahl ausgesprochen wurde.

2.2 Ersatzwahl des RGPK-Präsidiums

Der Präsident der IFK, Roger Neukom, schlägt Susy Senn zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Beschluss

Susy Senn ist als Präsidentin der RGPK für den Rest der Amtsdauer 2006 - 2010 **gewählt**.

Roger Neukom gratuliert Susy Senn zur Wahl dieses anspruchsvollen Amtes.

3. Teilrevision des Zweckverbandvertrages ARA Sihltal (SRB 329/07)**Antrag des Stadtrates auf Zustimmung zur Teilrevision des Zweckverbandvertrages ARA Sihltal vom 13. März 1974 zuhanden der Urnenabstimmung und Genehmigung der Weisung zur Urnenabstimmung**

Franco Rossi, Sprecher der RGPK:

Ein alter Grieche soll einmal gesagt haben: „Eine gute Rede erkennt man an einem guten Anfang und einem guten Ende, dazwischen sollte möglichst wenig sein.“

Diesem Vorsatz folge ich heute gerne. Sämtliche von der RGPK gestellten Fragen wurden kompetent und klar beantwortet. Die RGPK hat den vorliegenden Vertrag geprüft und erachtet diesen als zweckmässig. Sie empfiehlt dem Rat einstimmig, die Anträge des Stadtrates im positiven Sinne zu verabschieden. Die Fraktion der SVP tut dies ebenfalls.

Beschluss**3.1 Der Teilrevision des Zweckverbandsvertrages ARA Sihltal vom 13. März 1974 wird zuhanden der Urnenabstimmung zugestimmt:**

Genehmigung.

3.2 Die Urnenabstimmungs-Weisung zur Änderung des Zweckverbandsvertrags wird genehmigt:

Zustimmung.

4. Einsparungen 2009

Motion von Roger Neukom und drei Mitunterzeichneten betreffend Einsparungen 2009, Begründung

Roger Neukom und drei Mitunterzeichnete haben am 27. Februar 2008 folgende Motion eingereicht:

„Der Gemeinderat hat am 19. Dezember 2007 zusammen mit der Rückweisung des Budgets 2008 den Stadtrat verpflichtet, auf der Ausgabenseite CHF 2 Mio. im Budget 2008 und CHF 3 Mio. im Budget 2009 einzusparen. Dieses Ziel wurde im heute vorliegenden Budget 2008 bei weitem nicht erreicht.

Die Motionäre sind sich bewusst, dass eine erneute Rückweisung des Budgets 2008 keinen Sinn macht. Im Wissen, dass weitere Sparmassnahmen auch den Abbau von Stellen beim Verwaltungspersonal zur Folge haben und eine solche Stellenreduktion geplant und vorbereitet werden muss, verzichten die Motionäre zum jetzigen Zeitpunkt auf Streichungsanträge von einzelnen Budgetposten.

Das Gesamtspziel und somit der Beschluss des Gemeinderates - Einsparungen auf der Ausgabenseite von CHF 5 Mio. innerhalb von 2 Jahren - bleibt jedoch weiterhin bestehen. Anerkannt werden Einsparungen von rund CHF 500'000.00 im Budget 2008.

Der Stadtrat wird verpflichtet, eine Vorlage auszuarbeiten, die ein Sparprogramm mit folgendem Inhalt aufweist:

Das Budget 2009 muss gegenüber dem Budget 2008 auf der Ausgabenseite Einsparungen von CHF 4.5 Mio. enthalten.

Der Gemeinderat erwartet, dass der Stadtrat den eingeschlagenen Weg, mit dem „Round-Table“ die Gemeinderäte einzubinden, weiterverfolgt.“

Roger Neukom zur Begründung:

Mit dem eingeschlagenen Weg signalisieren die Motionäre, dass sie an einer gemeinsamen Lösung interessiert sind. Wir wollen heute Abend nicht mit Schnellschüssen Streichungsanträge stellen. Wir wollen dem Stadtrat die Zeit geben, fürs 2009 entsprechend zu sparen. Ich fordere den Stadtrat auf, den Weg mit dem Round Table, dem Massnahmenkatalog und dem Timesheet zügig in Angriff zu nehmen. Wir erwarten noch vor den Sommerferien konkrete Vorschläge.

Stadtpräsident Harald Huber:

2 plus 3 minus 0,5 ergibt 4,5. Dies liest der Stadtrat aus der Motion. Der Stadtrat ist willens, weitere Sparmassnahmen zu erarbeiten und zu prüfen. Es müssen aber Massnahmen sein, die im Gemeinderat mehrheitsfähig sind. Der Stadtrat gibt dem Gemeinderat zu bedenken, dass in den letzten Jahren bereits wesentliche Sparmassnahmen erfolgt sind, u. a. auch im Bereich der Löhne, und dadurch hat das Personal schon einiges beigetragen. Dafür möchte ich dem Personal nochmals danken, insbesondere auch dafür, dass das Engagement in dieser Zeit nicht nachgelassen hat.

Wenn man die Forderung von 4,5 Mio. Franken über einen Stellenabbau erreichen müsste, heisst das schlicht 40 Stellen abbauen. Bei einem Soll von 255 Stellen entspricht

dies rund 15 %. Der Stadtrat sieht deshalb aus heutiger Sicht dieses Ziel als nicht realistisch und unerfüllbar an. Er ist somit nicht freiwillig bereit, diese Motion entgegenzunehmen. Der Stadtrat steht aber weiterhin hinter dem Round Table und möchte diesen fortsetzen, auch wenn die Motion überwiesen wird. Das soll zeigen, dass wir bei der Erarbeitung von Sparmassnahmen aktiv mitschaffen. Im Laufe der gemeinsamen Gespräche wird sich zeigen, wie gut die Motionsforderung erfüllbar ist.

Gabi Barco:

Nach den vielen Negativschlagzeilen muss wieder Ruhe einkehren, damit vernünftige Politik betrieben werden kann. Schnellschüsse sind zurzeit nicht angebracht. Die Motionäre verlangen vom Stadtrat für das Budget 2009 Einsparungen von CHF 4,5 Mio. Dabei geht man davon aus, dass die im Budget 2008 vorgesehenen Einsparungen bereits beschlossene Sache ist. Damit kann festgestellt werden, dass für die Motionäre (sämtliche Parteien ausser der SP) die im Budget 2008 berücksichtigte, aber im Gemeinderat noch nicht beschlossene Abschaffung der Gemeindeleistungen zu den AHV- und IV-Renten vollumfängliche Akzeptanz findet. Sparmassnahmen auf dem Buckel der Bedürftigsten sind offenbar für dieses Parlament ein gangbarer Weg, um kurzfristig die Finanzen in den Griff zu bekommen. Die Motionäre führen aus, dass durch den Aufschub der verlangten Sparmassnahmen ein Stellenabbau moderat realisiert werden könnte.

Solche Aussagen kann man nicht ernst nehmen, da sie jeglicher Grundlage entbehren. Wie soll eine demnächst führungslose Verwaltung innerhalb weniger Monate Sparvorschläge im Umfange von 4,5 Mio. ohne Stellenabbau und Abbau des Service Public bewerkstelligen. Diese Motion ist nicht durchdacht, unausgegoren und realitätsfremd. Es kann nicht sein, dass durch kurzfristiges und unüberlegtes Handeln wichtige Errungenschaften dieses Gemeinwesens wie beispielsweise im Sozial-, Bildungs- und Schulwesen, Sicherheit, Jugendarbeit, Integration von Ausländern etc. auf dem Spiel stehen. Ein Abbau des Service Public wäre katastrophal und einer modernen prosperierenden Stadt wie Adliswil nicht würdig. Wer will in einer Stadt leben, wo die Schliessung der Bibliothek, des Schwimmbades, die Einstellung der Jugendarbeit und des B-Unterrichtes etc. ein Thema ist. Sparmassnahmen ja, aber bitte moderat und mit Chancen auf nachhaltigen Erfolg. Grosses Sparpotential liegt in der Reorganisation der Verwaltung. Die Abschaffung von NPM wäre dabei ein erster und vernünftiger Schritt in die richtige Richtung. Weiter ist zu prüfen:

- Synergien der einzelnen Ressorts,
- Aufteilung der Aufgaben auf sieben Ressorts (Reduktion der Stadträte von 9 auf 7),
- Vereinfachung des Einbürgerungsverfahrens (Kompetenz beim Stadtrat!) etc.

Wir sollten unsere Kräfte und Energien nicht für die Durchsetzung von Partikularinteressen (Streichung einzelner Dienstleistungen etc.) vergeuden, sondern mit vereinten Kräften gemeinsam versuchen, einen wirklich grossen und nachhaltigen Beitrag zur Lösung der anstehenden Probleme der Stadt Adliswil zu leisten. Die SP ist bereit, diesen Beitrag weiterhin zusammen mit allen Exponenten am runden Tisch zu leisten.

Wir sind klar der Meinung, dass diese Vorgehensweise, die keine voreiligen, einschneidenden Massnahmen vorsieht, mittel- und insbesondere auch längerfristig der Stadt Adliswil besser dient, als dies die Motion vorsieht. Aus all diesen Gründen ist die Fraktion der SP gegen die Überweisung der Motion.

Roger Neukom:

Es ist uns bewusst, dass die in der Motion geforderten Einsparungen nicht ohne Stellenabbau möglich sind. Es tut mir leid, wenn ich das sagen muss, aber die rund 50 Stellen, die in den letzten zehn Jahren geschaffen wurden, haben ihre finanziellen Auswirkungen. Und man kann einfach nicht mehr Geld ausgeben, als man hat. Die Motion untermauert den Gemeinderatsbeschluss vom 19.12.07, der mit zirka 26 : 9 Stimmen zustande kam, und sie ist die Fortsetzung dieses Beschlusses. Und a propos Steuergeldverschleuderung: dem Publikum sollte erklärt werden, wer verantworten muss, dass man für Fr. 550'000.-- Betonelemente in die Strassen einbaut - etwas, was in Zürich und anderen Städten vernünftiger gelöst ist.

Gabi Barco:

Unbestritten ist, dass wir in Adliswil ein Problem haben, dass etwas dagegen getan werden muss und dass es suboptimal gelaufen ist. Jetzt geht es aber um den Inhalt der Motion - fürs 2009 einen Sparvorschlag von 4,5 Mio. zu verlangen, ist unseriös und unrealistisch. Wir sollten zusammensitzen und grosse Würfe gemeinsam entwerfen, so wie es jetzt mit dem Round Table initiiert ist. Mit der Motion habt ihr uns ausgeschlossen, das ist nicht ein lösungsorientierter Weg.

Clemens Ruckstuhl:

Dass sich jetzt die Bürgerlichen zusammen getan haben, hängt auch damit zusammen, wie ihr mit den vertraulichen Informationen vom Round Table umgegangen seid.

Ruedi Stieger:

Wir haben nichts vom Round Table in die Medien getragen. Das, was du ansprichst, war nämlich vorher schon bekannt, man konnte es vor dem Round Table in der Zeitung lesen.

Clemens Ruckstuhl:

Wir hatten den Round Table am Montag oder Dienstag gehabt, und am Samstag darauf erscheint genau das, was wir als vertraulich beschlossen haben, in der Zeitung.

Rita Schmid:

Zur Klarstellung: Die SP Adliswil hat Ende Januar eine Behördentagung durchgeführt, an der sie über verschiedenen Themen der Stadt diskutiert hat, u. a. über die Höhe der Steuerfusserhöhung. Die Ergebnisse dieser Behördentagung hat sie publizieren lassen. Daraufhin folgte der erste Round Table. Wenn wir hier nun als Verräter des Round Table angeschuldigt werden, ist das inakzeptabel. Deshalb verlange ich eine Entschuldigung zuhanden unserer Fraktion.

Roger Neukom:

Ich kann jetzt die Entschuldigung nicht persönlich überbringen. Aber es geht um die 4,5 Mio. Franken, die aus Sicht der SP utopisch sind. Ich habe den Worten des Stadtpräsidenten genau zugehört. Ich verstehe, dass der Stadtrat vor dieser

Aufgabe, die mit der Motion anfällt, grossen Respekt hat. Wir haben es schon am 19.12.07 und auch in der Motion gesagt: es wird nicht ohne Leistungsabbau und damit verbunden nicht ohne Personalabbau gehen. Wenn nur schon die Chance genutzt wird, alle natürlichen Abgänge und Pensionierungen - wenn überhaupt - vorsichtig zu besetzen, dann kommen wir schon einen grossen Schritt weiter. Ich habe auch grosse Hoffnung, dass der Stadtrat mit Patrick Stutz, der im Dezember noch auf unserer Seite sass und Einsparungen diesem Umfang mitgefordert hat, entsprechende Vorschläge findet. Im Dezember wurde argumentiert, dass die geforderten Einsparungen zeitlich nicht möglich seien. Diesem Argument haben wir mit der Motion Rechnung getragen, indem wir die Einsparungen erst aufs 2009 fordern.

Franco Rossi:

Lange, bevor wir über die Motion gesprochen haben, haben wir in der RGPK die SP gefragt, ob sie auch sparen wolle. Die Antwort lautete: „Wir wollen nicht mehr sparen, als im neuen Budget 2008 vorgesehen ist, und wir wollen an der Sitzung keine weiteren Sparanstrengungen verlangen.“

Beschluss

Die Motion wird an den Stadtrat überwiesen.

5. Organisations- und Verwaltungsreform der Stadt Adliswil

Postulat von Clemens Ruckstuhl betr. Organisations- und Verwaltungsreform der Stadt Adliswil, Begründung

Clemens Ruckstuhl hat am 21. Februar 2008 folgendes Postulat eingereicht:

„Im Zusammenhang mit der Debatte „Budget 2008“ der Stadt Adliswil wurde festgestellt, dass sich die finanzielle Situation der Stadt zunehmend verschlechtert, und zwar ohne Aussicht auf eine markante Verbesserung der Einnahmenseite. Eine Grafik des kantonalen Statistischen Amtes zeigt die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben von Adliswil und 21 anderen vergleichbaren Gemeinden seit 1995. Bei den Einnahmen liegt Adliswil sehr nahe beim Durchschnitt, die Ausgaben dagegen sind seit 1995 konstant und teilweise massiv über dem Mittelwert.

Endlose Diskussionen über Sparmassnahmen und Leistungsabbau blieben in der Detailberatung auf der Strecke und zeigten keine nachhaltige Wirkung. Weiter wurde festgestellt, dass sich verschiedenste Sparmassnahmen nur mit strukturellen und organisatorischen Veränderungen realisieren lassen. Diese strukturellen und organisatorischen Vollzugsmassnahmen fallen aber weitgehend in die Kompetenz des Stadtrates. Dem Gemeinderat werden nur die Auswirkungen der ganzen Struktur zur Genehmigung oder Ablehnung (z. B. Budget, Rechnung) vorgelegt. Dieser kann dann zwar in einzelnen Bereichen korrigierend eingreifen, aber die praktischen Beispiele zeigen, dass dies **nicht** realistisch ist und vor allem nicht zu einer kosten-, resp. nutzungswirksam Umsetzung führt.

Deshalb und in Anbetracht der einmaligen Einnahmen im laufenden Jahr kann das Budget 2008 in der angespannten Situation mit einer Steuerfusserhöhung von 6 % noch einmal ohne Korrekturen auf der Ausgabenseite genehmigt werden.

In klarer Verbindung mit der Genehmigung ist zu verstehen, dass diesem untolerierbaren Zustand der kantonal überdurchschnittlichen Ausgaben der Stadt Adliswil in verschiedensten Bereichen sofort Gegensteuer zu geben ist. Der Stadtrat wird aufgefordert, die entsprechenden Massnahmen zu ergreifen, um das Budget 2009 auf der Ausgabenseite nachhaltig zu verbessern, und damit eine Rückweisung des Budgets 2009 zu verhindern.

Ziel soll sein, die Aufgaben und Kompetenzen zwischen der Exekutive und der Verwaltung in eine Einheit zu bringen, damit allen am Finanz- und Rechnungswesen Beteiligten, eine einfache, Entscheidungs- und kompetenzabhängige Rechnungs- und Budgetstruktur zur Verfügung steht. Weiter sollen für alle Betroffenen Anreize in die Strukturen eingebaut werden, die auf die Wirkung zugunsten der Steuerzahlenden, resp. Einwohnerinnen und Einwohner ausgerichtet sind.

Die Vision einer Vorzeigeverwaltung, die sich vorbildlich leistungsorientiert, kostengünstig (unter dem kantonalen Schnitt) und vorbildlich zukunftsorientiert (z. B. Energielabel) präsentiert, soll sich übergeordnet über die ganze Reorganisation ziehen.

Der Postulant begrüsst die Initiative des Stadtrates, die Themen, die Adliswil zu wirkungsvollen Sparmassnahmen führen, im Rahmen der Round Table Gespräche aufzunehmen und zu bearbeiten. Da es sich bei diesem Gremium aus Sicht der Fraktionen um ein informelles Gremium handelt, ist es für die Fraktionen wichtig, dass die am

Round Table angesprochenen Fragen rund um "Führung und Steuerung" vom Stadtrat wirklich zielgerichtet aufgenommen werden. Dieses Postulat soll dazu einen wichtigen Betrag leisten.

Gemäss Artikel 47, Abs. 9 der Gemeindeordnung ist der Stadtrat zuständig für das *Erlassen von Führungsinstrumenten für die dem Stadtrat unterstellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter*". Aus den erwähnten Gründen wird der Stadtrat eingeladen zu prüfen, inwieweit

- die Führungsinstrumente zu ändern sind,
- die Kompetenzen zwischen Stadtrat und Verwaltung zu ändern sind (Ziel: Stadtrat ist zuständig fürs Strategische und die Verwaltung fürs Operative),
- das Personalstatut (PeSta) und das Gehaltssystem (GeSy) zu ändern sind (Kompetenz Gemeinderat),
- seine Geschäftsordnung zu ändern ist (Geschäftsordnung des Stadtrates)
- der Gemeinderat in die Planung der Änderung der vorgenannten Punkte einbezogen werden kann, um eine Organisations- und Verwaltungsreform durchzuführen, die eine massive Senkung der Ausgabenseite zur Folge hat.

Der Stadtrat wird gebeten, diese Prüfung mit höchster Priorität in Angriff zu nehmen, damit die Massnahmen im Budget 2009 wirksam werden. „

Clemens Ruckstuhl, zur Begründung:

Zur Klarstellung: Die Logos auf dem Postulat sind von der CVP, EVP/FDP, FW und SVP, aber es trägt nur meine Unterschrift. Wir haben das am Round Table so besprochen, und es wird in der vorliegenden Form von den erwähnten Parteien unterstützt.

Sollte sich der Stadtrat in den Reformfragen nicht kooperativ zeigen und die gesetzten Ziele fürs Budget 2009 verzögern oder verweigern, liegt bei mir bereits eine Motion bereit, die verlangen würde, dem Stadtrat die Kompetenzen für die Verwaltungsorganisation zu entziehen.

Stadtpräsident Harald Huber:

Das Postulat greift nicht nur Themen auf, die ich bereits in meiner Antrittsrede erwähnt habe - nämlich das Thema „Führung und Steuerung“ in der ganzen Breite unter Einschluss von Stadtrat, Gemeinderat und Verwaltung -, es greift auch ein Thema auf, das wir am Round Table besprochen und entgegen genommen haben. Aus Sicht des Stadtrates ist dieses Postulat nicht ganz widerspruchsfrei, und es hat auch eine Tendenz zur Vermischung der Kompetenzen zwischen Gemeinderat und Stadtrat. Wir müssen dies aber nicht hier ausdiskutieren, sondern im Rahmen der Round Table Gespräche, denn dort werden wir dieses Thema weiter diskutieren. Der Stadtrat nimmt dieses Thema sehr ernst. Er weiss, dass hier Handlungsbedarf besteht, nicht nur beim Stadtrat und der Verwaltung, sondern auch beim Zusammenwirken von Gemeinderat und Stadtrat. Der Stadtrat ist aus den Widersprüchlichkeiten nicht einfach so bereit, das Postulat zu übernehmen, aber mit dem Ratsbeschluss wird es ihm übergeben, und wir werden - wie gerade erwähnt - daran arbeiten.

Clemens Ruckstuhl:

In der Vorbereitung des Postulates haben wir festgestellt, wie komplex das ganze Thema ist, die Widersprüchlichkeiten kenne ich. Zusammengefasst kann gesagt werden: Wenn wir das Ziel - eine ausgeglichene Rechnung - erreichen, dann ist alles erledigt. Das ist der Fokus, den wir im Auge haben.

Beschluss

Das Postulat von Clemens Ruckstuhl betr. Organisations- und Verwaltungsreform der Stadt Adliswil wird überwiesen.

6. Stellenbudget 2008 (SRB 30/08)

Wiedererwägungsantrag des Stadtrates auf Zustimmung zu den Etatveränderungen und Genehmigung des Stellenplans

Susy Senn, Präsidentin der RGPK:

Sie haben mich vor zirka ½ Std. zur ersten weiblichen RGPK-Präsidentin von Adliswil gewählt und das knapp 18 Jahre nachdem mein Vater, Fritz Fleischmann, dieses Amt antrat. Also bin ich entweder erblich vorbelastet oder ist es mein Zahlenflair, meine angeborene Freude an neuen Herausforderungen, die mich für dieses Amt qualifizieren. Jedenfalls werde ich mein Bestes geben und danke Ihnen allen für das Vertrauen, das sie mir mit dieser Wahl entgegenbringen.

Ich habe heute bereits meine erste Aufgabe zu erledigen, nämlich Ihnen die Empfehlungen der RGPK zum Budget und Stellenplan 2008 zu übermitteln.

Nach der Rückweisung des ersten Budgetantrages vom 19.12.07 wurde auch der Stellenplan zurückgewiesen. Der ehemalige RGPK-Präsident, Patrick Stutz, hat dazu folgendes festgehalten: „Mit der Erarbeitung eines Massnahmenkataloges für die Aufwandreduktion steht auch der Stellenplan 2008 in Frage und muss kritisch hinterfragt werden.“

Leider konnte sich der Stadtrat zu keinen diesbezüglichen bzw. nur geringfügigen Korrekturen durchringen. Ich komme unter dem Traktandum Budget noch eingehend auf die Nichterreicherung der geforderten Budgetkürzung zurück.

Die RGPK hat den Stellenplan im Rahmen der Prüfung des Budget im Herbst 2007 eingehend geprüft und auf eine erneute Detailprüfung des zweiten Stellenbudgetantrages verzichtet, da dieser nur kleine Veränderungen gegenüber dem ersten Antrag enthält. Die vom Gemeinderat im Herbst 2007 nicht bewilligte Stellenerhöhung in der Sozialberatung wurde im neuen Antrag konsequenterweise weggelassen und im Bereich Schule wurde auf die Stellenerhöhung von 0,2 Stellen verzichtet. Es wurden neu 0,2 Stellen von der Freizeitanlage zur Musikschule verschoben. Auf die noch im ersten Stellenantrag enthaltene zusätzliche Stelle im Bereich Informatik wird jetzt aus Spargründen verzichtet.

Der zweite Antrag zum Stellenbudget 2008 präsentiert nun gegenüber dem Budget 2007 eine vorübergehende Reduktion von 0,2 Stellen bei den Park-, Sport-, Grünanlagen im Rahmen der Sparmassnahmen. Im Bereich Soziale Aufgaben werden 0,1 Stellen vom Alters- und Pflegeheim zur Abteilung Soziales verschoben. Die Etat-Erhöhung von drei Stellen beim Kinderhaus Werd zur Wiedererreicherung des bewilligungsfähigen Zustands wird aufgrund des im Budget vorgesehenen und den Ratsmitgliedern an einer separaten Infoveranstaltung vorgeschlagenen Systemwechsels bei der Krippenfinanzierung budgetneutral durchgeführt. Deshalb wird diese Stellenerhöhung von der RGPK nicht in Frage gestellt.

Obwohl die Beschlüsse des Gemeinderates vom 19. Dezember 2007 zum Budget 2008 nicht erfüllt wurden, beantragt die RGPK heute, das heute vorliegende Stellenbudget 2008 zu genehmigen und dem Stadtrat und der Schule damit Zeit zu lassen, aufgrund der heute überwiesenen Motion Reduktionen im Stellenplan vorzubereiten.

Auch die FDP-/EVP-Fraktion wird dem Stellenplan zustimmen.

Beschlüsse

**6.1 Den Etatveränderungen gemäss Erwägungen wird zugestimmt:
Genehmigung.**

6.2 Der Stellenplan wird wie folgt genehmigt:

- Stadtrat 130.5**
- Sozialkommission 93.5**
- Schulpflege 32**

Genehmigung.

7. Budget 2008 (SRB 32/08)

Anträge des Stadtrates auf Genehmigung des ordentlichen Budgets und der Globalbudgets 2008

Festsetzung des Gemeindesteuerfusses

Dieses Traktandum gilt auch als allgemeine Fragestunde.

Eintretensdebatte

Susy Senn, Präsidentin der RGPK:

Der ehemalige RGPK-Präsident, Patrick Stutz, hat an der Sitzung vom 19.12.07 festgehalten, dass der damals vorliegende Budgetantrag des Stadtrates bei einem Aufwand von CHF 139'563'200.00 und einem Ertrag von CHF 135'940'200.00 einen Aufwandüberschuss von CHF 3'623'000.00 aufweist. Der Gemeinderat folgte hierauf dem Antrag der RGPK auf Rückweisung des Budgets 2008 und beauftragte den Stadtrat und die Schule, die Aufwendungen um 5 Mio. Franken innerhalb der nächsten zwei Jahre zu reduzieren. (Budget 2008 2 Mio., Budget 2009 3 Mio.) Der Stadtrat und die Schule wurden beauftragt, einen entsprechenden Massnahmenkatalog, wie die Reduktion der Aufwendungen erreicht werden soll, zu erarbeiten und dem Gemeinderat vorzulegen.

Vorgelegt hat der Stadtrat nun einen Budgetantrag, der einen Aufwand von CHF 139'652'500.00 aufweist. Bei einem Ertrag von CHF 140'132'500.00 sieht das neue Budget 2008 einen Ertragsüberschuss von CHF 480'000.00 vor, der dem Eigenkapital zugewiesen resp. den Bilanzfehlbetrag vermindern soll. Seit dem 19.12.07 verfügt der Stadtrat über wesentliche neue Erkenntnisse, die vorab auf der Einnahmenseite zu markanten Verbesserungen geführt haben. Wohl nicht nur die Mitglieder der RGPK haben sich gefragt, ob es sich lohnen würde, nochmals zwei Monate auf das Budget zu warten, vielleicht tauchen dann nochmals 4 Mio. Franken auf. Beim geplanten Verkauf der Gasversorgung rechnet man nun mit einem um 4,7 Mio. Franken höheren Marktwert als ursprünglich angenommen. Dazu kommen Mehreinnahmen einer juristischen Person bei den aktiven Steuerauscheidungen von rund 2 Mio. Franken, die gemäss Aussagen des Stadtrates am 19. Dezember noch nicht bekannt waren.

Aufgrund der verbesserten Einnahmen-Situation hat der Stadtrat beschlossen, die ursprünglich beantragte Erhöhung des Steuerfusses von 11 auf 6 % zu reduzieren.

Wenn die RGPK im Dezember dem Stadtrat, den Ressorts, der ganzen Verwaltung und insbesondere dem Finanzvorstand, Stadtrat Walter Müller, für die Beantwortung und Gespräche in der RGPK gedankt hat, so sind die RGPK-Mitglieder nun über das neu vorgelegte Budget enttäuscht. Der der RGPK vorgelegte Massnahmenplan hätte zu einer Reduktion der Aufwendungen von rund CHF 2 Mio. Franken führen sollen. Dieses Ziel wurde bei weitem verfehlt. Das vorliegende Budget 2008 sieht im Gegenteil höhere Aufwendungen von CHF 89'300.00 vor. Dazu ist zu sagen, dass der Stadtrat sinnvollerweise alle inzwischen neu bekannt gewordenen Informationen ins Budget einfliessen liess. Nach oben korrigiert werden mussten die Aufwendungen für die Lehrerbesoldungen (Anstieg des vom Kanton beschlossenen Teuerungsausgleichs von 1,1 %), der Bei-

trag an die Spitex um CHF 150'000.00 und aufgrund der Verzögerung bei der Budgetbewilligung konnten geplante Einsparungen noch nicht umgesetzt werden. Die vom Stadtrat vorgelegten Sparmassnahmen von rund CHF 500'000.00, also nur ca. 25 % der vom Gemeinderat geforderten 2 Mio. Franken, sind zum einen Teil ebenfalls Anpassungen an inzwischen bekannte effektive Aufwendungen, und zum anderen Teil Einsparungen im Bereich der Liegenschaften und der Schule. So werden u.a. Einsparungen aus der Zusammenlegung der Abteilung Liegenschaften von Schule und Stadt budgetiert sowie Einsparungen aus der Streichung des B-Unterrichts.

Die vom ehemaligen RGPK-Präsidenten Patrick Stutz gemachten Aussagen zum Investitionsplan haben weiterhin Gültigkeit, und ich wiederhole sie heute nicht noch einmal, da die geplanten Investitionen von rund 19,3 Mio. Franken nicht verändert wurden.

Die RGPK hat auf eine erneute Detailprüfung des zweiten Budgets verzichtet und nur die Änderungen vom ersten zum zweiten Budget unter die Lupe genommen. Wir danken dem Stadtrat und der Verwaltung, insbesondere Stadtrat Walter Müller, für die Zusammenfassung der geänderten Budgetposten, dies hat die Prüfung wesentlich erleichtert.

Obwohl die Beschlüsse des Gemeinderates vom 19.12.07 zum Budget 2008 nicht erfüllt wurden, beantragt die RGPK heute einstimmig, auf eine erneute Rückweisung des Budgets zu verzichten. Sie empfiehlt dem Gemeinderat resp. den Fraktionen, die Anträge zur Erreichung der geforderten Aufwandminderung direkt zu stellen - was heute mit der Überweisung der Motion bereits gemacht wurde - und das Budget 2008 mit einem Ertragsüberschuss von CHF 480'000.00 und einem Steuerfuss von 110 % zu genehmigen.

Ende Januar hat der Stadtrat mit der Bildung eines „Round-Tables“ aus Vertretenden von Stadt- und Gemeinderäten sowie der Schulpräsidentin begonnen, gemeinsam einen Sparmassnahmenkatalog zu erarbeiten. Wir danken dem Stadtrat dafür und interpretieren dies als Zeichen, ernsthaft weitere Sparmassnahmen zu verfolgen.

Die RGPK empfiehlt dem Stadtrat, diesen eingeschlagenen Weg weiter zu gehen und tragfähige Lösungen zur Erreichung einer langfristig positiven Finanzlage und ausgeglichenen Rechnung zu erarbeiten.

Thomas Iseli, Präsident der Sachkommission 2:

Die von der Sachkommission 2 geforderte Transparenz fehlt weiterhin auf der ganzen Länge. Auf einmal kann jetzt für die Gasversorgung einige Millionen mehr verlangt werden. Dagegen haben wir nichts, aber wir hätten diesbezüglich seit Ende November gerne ein detailliertes Budget gehabt, damit man Konkretes sieht. Den Sparauftrag, den der Gemeinderat dem Stadtrat erteilt hat, ist überhaupt nicht eingehalten worden. Auf der Einnahmenseite ist zwar wesentlich mehr eingesetzt. Ob dies dann so ist, stellt sich erst in ein paar Monaten heraus. Die Forderung nach Transparenz kommt nicht von ungefähr, denn wie kommt es, dass von heute auf morgen unsere Werke nun soviel mehr Wert sind? Die Anstrengungen nach der besagten Transparenz sind nur in höchst bescheidenem Ausmass vorhanden. Vielleicht fehlt es nur am Willen oder vielleicht sind gewisse Personen damit überfordert. Es geht darum, Klarheit zu schaffen und die nötigen Informationen aufzuarbeiten, dann haben wir eine Entscheidungsgrundlage und können sehen, wo allenfalls ein Leistungsabbau vorgesehen ist und was das in Franken bedeutet.

Stadtrat Walter Müller:

Das Budget 2008 weist einen kleinen Ertragsüberschuss von 0,5 Mio. Franken aus. Das überarbeitete Budget ist mit einer Überraschung zu einem solch guten Ergebnis gekommen, indem sich unerwartete Einnahmen ergeben haben. Die Informationen, dass der Verkauf der Gasversorgung und die Steuereinnahmen von juristischen Personen wesentlich höher liegen werden, hatten wir am 19.12.07 noch nicht auf dem Tisch. Wir wollten diese Zahlen zuerst auf dem Papier haben, und deshalb konnten wir sie erst im überarbeiteten Budget einsetzen. Gleichzeitig haben wir nochmals eine Sparrunde, welche rund 0,5 Mio. Franken eingebracht hat, durchgeführt. Die verbesserte Situation hat den Stadtrat veranlasst, die Steuerfusserhöhung nur um 6 % zu beantragen. Neben den neuen Erkenntnissen bei den Einnahmen und den beschlossenen Sparmassnahmen müssen wir alle in die Zukunft blicken, denn sehr bald muss das Budget 2009 erarbeitet werden. Das heisst, wir müssen jetzt handeln, damit das Budget 2009 anders aussieht. Ich hoffe, dass alle Beteiligten am gleichen Strick in die gleiche Richtung ziehen.

Thomas Fässler:

Als ich das Couvert mit dem korrigierten Budget öffnete und mir ein Steuerfuss von 110 % auffiel, habe ich mich schon über den Stadtrat gewundert. In Anbetracht der grossen zusätzlichen Einnahmen mag dies vertretbar sein. Was ist jedoch, wenn sich der Verkauf des Gaswerkes verzögert, die geschätzten 8 Mio. Franken erst im 2009 fliessen oder die erwähnten Steuerausscheidungs-Einnahmen von einer juristischen Person nicht im 2008 eintreffen? Der Stadtrat muss sich hier ziemlich sicher sein. Im Zusammenhang mit den Bemühungen um strukturelle und nachhaltige Verbesserungen wie in der Interpellation von Clemens Ruckstuhl gefordert, wird die CVP dieses Budget trotzdem gutheissen.

Peter Werder:

Die FDP-/EVP-Fraktion wird dem Budget 2008 zustimmen. Wir haben in der letzten Zeit immer wieder klar gesagt, dass wir Steuererhöhungen nur dann unterstützen können, wenn wir wissen, weshalb sie nötig sind. Es gibt für uns jetzt drei Gründe:

1. Sie haben heute Abend der Überweisung der Motion zugestimmt.
2. Wir sehen die Steuerfusserhöhung im Sinne eines Kompromisses. Wir möchten vermeiden, dass ein noch höherer Steuerfuss eine Mehrheit finden würde.
3. Wir sehen eine Chance, dass man jetzt genug Zeit hat, über ein neues Budget zu sprechen. So ist dieser Druck fürs 2008 vorbei. Wir danken den Teilnehmenden des Round Tables und vor allem auch Stadtpräsident Harald Huber und sind froh, dass die 115 % vom Tisch sind. Wir werden uns weiterhin für Ausgabensenkungen einsetzen. Es muss unser Ziel sein, langfristig wieder einen tiefen Steuerfuss zu haben.

Carmen Marty Fässler:

Die SP-Fraktion stimmt auch für das Budget 2008. Es ist sehr wichtig, dass die Bevölkerung von Adliswil nicht direkt spürt, wenn Sparmassnahmen ergriffen werden. Für uns kommt deshalb ein Abbau vom Service public nicht in Frage. Massnahmen wie eine Schliessung der Ortsbibliothek oder des Hallen-/Freibades könnten in keiner Weise akzeptiert werden. Es darf nicht sein, dass die Lebens- und Wohnqualität sinkt, weil eine Stadt unter einem riesigen Spardruck leidet. Das Budget wurde bestmöglichst vom Stadt-

rat ausgearbeitet. Mit einzelnen Streichungen sind wir nicht einverstanden, aber das grundsätzliche Budget wird akzeptiert. Vor allem mit den zusätzlichen Mehreinnahmen sieht das Budget bereits viel besser aus. Darüber ist die SP-Fraktion sehr froh.

Davide Loss:

Nach der Rückweisung des ersten Budgets 2008 beantragt der Stadtrat dem Gemeinderat die Festsetzung des Budgets mit einem Ertragsüberschuss von 480'000 Franken.

Dass für den geplanten Verkauf der Gasversorgung nun mit einem grösseren Ertrag zu rechnen ist, stimmt positiv. Auch die zusätzlichen Mehreinnahmen durch eine juristische Person haben die finanzielle Lage der Stadt Adliswil verbessert. Dass der Stadtrat trotzdem an der geplanten Kürzung der kommunalen Ergänzungsleistungen zu den AHV- und IV-Renten festhält, ist aus meiner Sicht unbegreiflich. Bei denjenigen Personen zu sparen, die sonst schon zu wenig Geld haben, erachte ich als eine sehr schlechte Idee.

Was mich noch viel mehr beunruhigt, ist die geringe Wertschätzung dem Personal gegenüber. Das Personal sieht sich mit einem immensen Spardruck konfrontiert. Und immer wieder hört und liest man, dass das Personal nicht effizient arbeite und dass da noch grosses Sparpotenzial liege. Ich habe es bereits an der Budgetdebatte vom 19.12.07 gesagt, und ich sage es nochmals: Es darf schlicht nicht sein, dass auf dem Buckel des Personals gespart wird. Tagtäglich bewältigt unsere Stadtverwaltung die immensen Aufgaben, die unsere Stadt anbelangen, und es kommen jährlich im Rahmen der Aufgabenverteilung zwischen dem Kanton Zürich und den Gemeinden viele neue dazu. Adliswil muss als Arbeitgeberin attraktiv bleiben, sonst werden wir eine massive Kündigungswelle erleben. Da müssen wir uns dann nicht wundern. In den letzten vier Jahren hatte das städtische Personal einen Reallohnabbau hinzunehmen. Das Personal hat diesen stillschweigend akzeptiert und so den Sparwillen an den Tag gelegt. Dieses Jahr erwarten uns Mehreinnahmen in Höhe von mehreren Mio. Franken gegenüber dem ersten Budget 2008. Trotzdem hält der Stadtrat an der bloss 1,5 %-igen Lohnerhöhung fest, die nicht einmal die Teuerung in Höhe von 1,8 % vollständig ausgleicht. Wo bleibt da die Wertschätzung dem Personal gegenüber? Für den enormen Einsatz für unsere Stadt möchte ich den Angestellten im Namen der SP-Fraktion herzlich danken.

Ich werde diesem Budget zustimmen, möchte aber ganz klar meinen Missmut über die stadträtliche Personalpolitik zum Ausdruck bringen. Auch das, was wir heute Abend von einzelnen Ratsmitgliedern über die Arbeit des Personals gehört haben, zeugt von mangelnder Wertschätzung, was ich sehr bedauere.

Detailberatung und Allgemeine Fragestunde

Der Ratspräsident informiert, dass zuerst die allgemeinen schriftlichen Fragen behandelt werden, dann das Budget 2008 und dort die spezifischen Fragen an den entsprechenden Stellen.

Schriftliche Fragen an den Stadtrat oder die Schulpflege

Hans-Peter Nyffeler: Unsere Sammelstelle in der Tüfi wird vermehrt von auswärtigen Leuten frequentiert, so vor allem von Bewohner von Nachbargemeinden und aus dem Kreis 2. Wäre es nicht möglich, Plakatträger aufzustellen mit dem Hinweis „Benützung

nur für Einheimische möglich“ und einige Male durch die Stadtpolizei beim Toreingang den Führerausweis zu kontrollieren und Auswärtige abzuweisen? Wie stellt sich der Stadtrat zu solchen Massnahmen?

Stadtrat Heinz Spälti: Danke für die Idee, sie wäre zu begrüssen, aber wir wollen sie aus zwei Gründen nicht umsetzen: Wir haben wiederholt Zählungen durchgeführt und das sind von 111 kontrollierten Fahrzeugen sechs auswärtige. Im Schnitt der letzten Jahre waren es 5 %. Deshalb gibt es keine langen Kolonnen. Ein noch wichtiger Aspekt ist: mit jedem, der diese Sammelstelle besucht, bekommen wir einen Kostendeckungsbeitrag. Und obwohl wir die Vollkostendeckung bis auf wenige Franken erreicht haben, müsste ich eigentlich sagen: „Es ist mir recht, wenn noch mehr kommen.“ Weil es in der Abwicklung der Sammelstelle keine Verzögerung gibt, sollten wir das so belassen. Falls sich etwas ändert, das zu Missständen führt, werden wir selbstverständlich einschreiten.

Hans-Peter Nyffeler: Stimmt es, dass der Baurechtsvertrag mit der ZIS erst nach Beendigung der Bauzeit zu laufen beginnt? Falls ja, warum und wer hat diesen Vertrag auf Seite der Stadt Adliswil unterzeichnet?

Stadtrat Walter Müller: Ja, der Baurechtszins beginnt bei Bezug des Gebäudes zu laufen oder wenn Verzögerungen eintreten, spätestens 30 Monate nach der Baubewilligung. Der Vertrag wurde vom Stadtrat unterschrieben.

Peter Barmettler: Wir haben es gehört, die Sparmassnahmen werden auch Auswirkungen aufs Personal haben. Die bürgerlichen Parteien möchten deshalb künftig laufend über die Personalpolitik und die geplanten und durchgeführten Sparmassnahmen durch den Stadtrat informiert werden. Die bürgerlichen Fraktionen von SVP, FW, CVP und FDP/EVP wünschen mittels einem monatlichen Reporting seit anfangs 2008 über die laufende Stellenentwicklung und Reorganisationen in der Stadtverwaltung informiert zu werden. Wie gedenkt der Stadtrat, diesem Wunsch zu entsprechen?

Stadtpräsident Harald Huber: Die Ausgangslage zu dieser Frage sieht der Stadtrat wie folgt: Der Stadtrat legt dem Gemeinderat jährlich ein Stellenbudget sowie die damit verbundenen Kosten zur Genehmigung vor. Er berichtet jährlich einmal über deren Einhaltung. Die Abgabe von Informationen in kürzeren Abständen stellt für den Stadtrat keine vertrauensbildende Massnahme dar. Wenn solche Informationen verlangt werden, geschieht dies sicherlich deshalb, weil man daraus Änderungen ableiten möchte, weil man Entscheide treffen und korrigierend einwirken möchte. Der Stadtrat ist der Meinung, dass zuerst darüber diskutiert werden muss, wo Leistungen abgebaut werden. Daraus ergeben sich die Änderungen im Stellenplan und diesen hat der Stadtrat in der Vergangenheit immer eingehalten. Dazu kommt, dass ein monatliches Reporting viel Aufwand verursachen würde und zudem sagen die Zahlen relativ wenig, wenn diese immer Ende Monat erhoben werden. Schwankungen durch Kündigungen und Neubesetzungen, die zeitlich auseinander klaffen, verfälschen das Bild. Sie geben auch wenig brauchbare Hinweise, um etwas abzuleiten, im Gegenteil, ich befürchte, dass jede Veränderung im Stellenplan viele Fragen zur Folge hätte und wiederum Kosten verursachen würde, und ich wäre froh, wenn wir das Personal, das diese Aufgaben erledigen müsste, für zukunftsgerichtete Aktivitäten einsetzen können. Zudem hat der Stadtrat seit Jahren die Politik, dass Kündigungen und Pensionierungen immer zum Anlass genommen werden,

um Optimierungen zu prüfen. Im Moment machen wir das gerade bei den bevorstehenden Pensionierungen im Liegenschaftsbereich der Stadt und der Schule. In dem Sinne wird der Stadtrat darauf verzichten, eine solche Statistik zu erheben.

Clemens Ruckstuhl: Ist es richtig, dass für das Personal der Stadtverwaltung unterschiedliche Anpassungen in der generellen Lohnerhöhung ausgerichtet werden, z. B. Spitex-Angestellte erhalten eine andere Erhöhung als das restliche Personal. Wenn ja, welche Bereiche und warum diese ungleiche Behandlung?

Stadtpräsident Harald Huber: Das Personal der Stadtverwaltung wird durch die Stadt vollkommen gleich behandelt. Ausgenommen davon sind die Lehrer, die vom Kanton besoldet werden. Allerdings verrechnet der Kanton 80 % dieser Ausgaben der Stadt Adliswil weiter. Eine weitere Ausnahme ist die Spitex, deren Personal nach kantonalen Richtlinien besoldet wird. Mehr dazu von Stadtrat Heinz Spälti.

Stadtrat Heinz Spälti: Die Spitex ist ein privatrechtlicher Betrieb und hat nichts mit dem Stellenetat der Stadt zu tun. Die Spitexorganisationen richten sich nach der kantonalen Besoldungsverordnung. Wir haben dieses Jahr gemäss dem Kanton 1,8 % als Teuerungsausgleich gewährt und daneben für ein paar wenige langjährige Mitarbeitende etwas mehr. Die Meldung in der Zeitung von 3,7 % Erhöhung in allen Spitexbetrieben ist falsch. Die Person, die das in der Stadt verbreitet hat, hat das eingesehen.

Clemens Ruckstuhl: Verstehe ich das richtig, dass die Info von 3,7 % in dem Brief vom Personalverein tatsächlich falsch ist? Und ist die Spitex geregelt über das Personalstatut und Gehaltssystem?

Stadtrat Heinz Spälti: Ja, die Info ist falsch. Die Spitex ist völlig autonom (also nicht über das Personalstatut/Gehaltssystem geregelt).

Detailberatung

Seiten 1 – 4: keine Wortmeldungen

Seite 5, Anträge von Davide Loss:

- im Konto 30 3010, Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal, ist der Aufwand auf Fr. 22'617'500.-- festzusetzen
- im Konto 30 3030, Sozialleistungen, ist der Aufwand auf Fr. 4'998'170.-- festzusetzen

Begründung: Das Personal hat während der letzten vier Jahre einen Reallohnabbau hingenommen. Die finanzielle Lage präsentiert sich jetzt mit den zusätzlichen Mehreinnahmen besser als beim ersten Budget 2008. Auch das Personal soll davon profitieren können, es hat dies verdient. Die Lehrpersonen erhalten vom Kanton eine Lohnerhöhung von 3,7 %. Für das übrige Personal ist im Budget 2008 eine Lohnerhöhung von 1,5 % vorgesehen. Mit diesen 1,5 % wird nicht einmal die Teuerung, die 1,8 % beträgt, ausgeglichen. Eine Lohnerhöhung von 3,7 % erachte ich angesichts der weiterhin angespannten Finanzlage zu hoch. Deshalb beantrage ich im Sinn eines Kompromisses eine Lohnerhöhung von 2,3 %. Mit dieser Lohnerhöhung würde die Teuerung vollumfänglich ausgeglichen und es blieben noch 0,5 % für individuelle, leistungsbezogene Lohnerhöhung übrig, wie das der Stadtrat bereits für dieses Jahr vorgesehen hat. Diese zusätzliche

Lohnerhöhung in Höhe von 0,8 % würde einen Mehraufwand von 219'170 Franken mit sich bringen. Am Schluss bliebe sogar immer noch ein Ertragsüberschuss übrig. Mit dieser Geste bringen wir den städtischen Angestellten Wertschätzung gegenüber, die das Personal verdient hat. Diese knapp 220'000 Franken sind verkraftbar. Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen und dem Personal mit dieser Geste auszudrücken.

Beschluss zum Antrag von Davide Loss:

Ablehnung.

Seite 6 - 13: keine Wortmeldungen

Seite 14, Fragen von **Stefan Winter**: Wir haben gehört, dass der Stadtschreiber Bruno Aebischer gekündigt hat. Wie lange arbeitet Herr Aebischer noch für Adliswil? Werden die Kosten, die Adliswil an Herrn Aebischers Weiterbildung geleistet hat, zurückerstattet? Ist die Nachfolge von Herrn Aebischer schon geregelt und wird geprüft, ob die Stelle intern neu besetzt werden kann?

Stadtpräsident Harald Huber: Bruno Aebischer wird Ende Mai die Stadt Adliswil verlassen. Die Stadt hat sich mit 75 % an den Ausbildungskosten (Master of Public Administration) beteiligt. Die vereinbarte Austrittsklausel lautet wie folgt: Wenn Bruno Aebischer nach Abschluss der Ausbildung im ersten Jahr die Stadtverwaltung verlässt, dann hat der den Betrag vollumfänglich zurück zu bezahlen, was nun der Fall ist. Bezüglich Nachfolge sind wir daran, diese zu regeln, wir prüfen sowohl eine Ausschreibung als auch eine interimistische Lösung. Sobald die Ausschreibung erfolgt ist, können sich alle bewerben.

Frage von **Robert Wälle**: Ist der Überschuss, der letztes Jahr vom BVG erarbeitet wurde, höher ist als das kantonale Mittel?

Der **Stadtrat** lässt die Antwort Robert Wälle schriftlich zukommen.

Seite 15 - 25: keine Wortmeldungen

Seite 26, drei Fragen von **Thomas Fässler**:

1. Würde die Stadt Adliswil im 2008 ohne Einnahmen aus dem Verkauf des Gaswerkes und einem Steuerfuss von 113 % in den Genuss des kantonalen Finanzausgleiches kommen? Wenn ja, hat der Stadtrat abgeschätzt, um was für einen Betrag es sich dabei handelt?
2. Wie sicher ist der Verkauf des Gaswerkes und die erwähnten Einnahmen aus der Steuerauscheidung einer juristischen Person im 2008?
3. Wer übernimmt bei einem Scheitern die Verantwortung des finanziellen Debakels, das durch die entgangenen Einnahmen aus dem Finanzausgleich entstehen würde?

Stadtrat Walter Müller:

Zur 1. Frage: Unabhängig davon, ob wir das Gaswerk verkaufen oder nicht, müssten wir den Steuerfuss auf 113 % erhöhen, um in den Finanzausgleich zu kommen. Die Hö-

he eines allfälligen Steuerausgleichs kann erst im Sommer 2008 berechnet werden, nämlich dann, wenn dem Kanton alle Budgets vorliegen.

Zur 2. Frage: Diese Frage kann ich nicht in Prozent beantworten, aber wie gesagt, wir haben diese Informationen auf dem Tisch und ich glaube fest, dass wir darauf zählen können.

Zur 3. Frage: Der Stadtrat legt ein Budget vor, der Gemeinderat nimmt es ab, und wer da die Verantwortung trägt, ist somit auch gesagt.

Seite 27 - 33: keine Wortmeldungen

Seite 34, Frage von **Thomas Iseli**: Aufgrund der mehrmaligen Aufforderung der Sachkommission 2 haben wir erwartet, bei dem grossen Geschäft „Verkauf Gas“ ein detailliertes Budget zu bekommen. Warum hat der Stadtrat dies nicht gemacht?

Stadtrat Patrick Stutz: Vorweg: der Terminplan wurde dem Gemeinderat vor einiger Zeit vorgelegt. Das Projekt verläuft termingerecht. Zur Frage: Die Bandbreite eines allfälligen Nettobudgets des Gaswerkverkaufs - Gegenüberstellung des Ertrages zum Aufwand - bewegt sich in Millionenhöhe, wobei die personellen und Dienstleistungskosten im Zusammenhang mit den Verkaufsanstrengungen ein Bruchteil davon ausmacht. Der Wert der Gasversorgung kann zwar berechnet werden - dies wurde auch in Form einer Unternehmensbewertung gemacht - die Abhängigkeit ist aber gross mit diversen Variablen wie z. B. einer angenommenen Bruttomarge oder den Zinsberechnungen usw. Man hat verschiedene Unternehmensbewertungen mit verschiedenen Margen berechnet und ausgewertet. Der eigentliche Marktwert liegt aber erst dann vor, wenn Offerten da sind. Ein allfälliges Nettobudget bringt somit keinen ersichtlichen Nutzen.

Betreffend der Informationspolitik gegenüber der Sachkommission 2 kann ich folgendes sagen: Das Geschäft der Gasversorgung läuft bezüglich der anstehenden Entscheidungen den vorgeschriebenen ordentlichen Instanzenweg. Im Moment ist es im Stadtrat, wird dann an die RGPK gehen, dann an den Gemeinderat und zum Schluss vors Volk. Die Sachkommission 2 wird entsprechend eingebunden werden. Der Weg über eine informelle zusätzliche Beurteilungs- und Entscheidungsinstanz ist weder von der Gemeindeordnung sanktioniert, noch sinnvoll.

Seite 35 - 49: keine Wortmeldungen

Seite 50, Frage von **Ruedi Bräuer**: Seit Juni 2007 haben wir nichts mehr über die Submission zur Abfallentsorgung gehört. Diese sollte mit der "erz" neu aufgesetzt werden. Ist die neue Submission erfolgt? Wenn nein, wo liegt das Problem? Wenn ja, bis wann ist mit einer neuen Vergabe zu rechnen?

Stadtrat Heinz Spälti: Die Submission ist noch nicht erfolgt, weil der betreffende spezialisierte Sachbearbeiter zweimal im Spital war; sie sollte Ende dieses Monats fertig sein und dann zur Ausschreibung gelangen. Wir rechnen, per September den Vergebungsantrag machen zu können, so dass wir wie geplant per 1.1.09 die Submission neu vergeben können. Ob das ohne zweite Beschwerde durchgeht, ist fraglich. Mit neuen Abfallgebühren ist frühestens im 2010 zu rechnen.

Seite 51: keine Wortmeldungen

Seite 52 , Antrag von **Rita Schmid**:

- im Konto 700 3663, Gemeindegzuschüsse, ist der Aufwand um Fr. 410'000.-- auf insgesamt Fr. 820'000.-- zu erhöhen

Begründungen: Die Weisung vom Stadtrat zur Abschaffung der Gemeindeleistungen ist in der RGPK noch in der Prüfung, d. h. die RGPK hat noch keinen Beschluss gefasst. Wenn dann der Gemeinderat das Geschäft verabschiedet hat, gibt es noch eine Rekursfrist. Demnach ist absehbar, dass dies nicht bis Ende Juni abgeschlossen ist. Und wir sollten ein möglichst realistisches Budget genehmigen. Darüber hinaus kann ich sagen, dass die SP-Fraktion gegen die Abschaffung dieser Gemeindeleistungen ist.

Roger Neukom: Ich habe mit diesem Antrag schon meine Mühe: Der Stadtrat hat den Auftrag zu sparen, und jetzt kommt wieder ein solcher Antrag. Adliswil ist zurzeit in der Situation, wo wir uns nicht mehr als das gesetzliche Minimum leisten können. Deshalb werde ich diesen Antrag klar ablehnen.

Rita Schmid: Ich verstehe die Argumentation, weise aber nochmals darauf hin, dass der betreffende Beschluss noch nicht gefasst ist, und dass man gegen diesen das Referendum ergreifen kann. Im Sinne eines realistischen Budgets ist es nötig, diese Erhöhung aufzunehmen.

Beschluss zum Antrag von Rita Schmid:

Ablehnung.

Seite 53 - 66: keine Wortmeldungen

Seite 67, Frage von **Franco Rossi** zum Konto 3670: In diesem Jahr sind neu Fr. 40'000.00 budgetiert. Weshalb ist es für Adliswil so wichtig, diese Gelder ins Ausland zu verschieben, anstatt diese z. B. dem Personal der Stadt Adliswil zuzuführen? Dies als Beitrag zur Wertschätzung des städtischen Personals.

Mario Fehr: Es ist nicht so, dass Adliswil in der Vergangenheit keine Entwicklungszusammenarbeit unterstützt hat. Es gibt diese seit vielen Jahren zwischen der Katholischen und der Reformierten Kirche und der Stadt Adliswil. Diese drei Partner machen abwechselungsweise einen Vorschlag, an dem sich alle finanziell beteiligen. Früher war dies im Budget des Finanzvorstandes, im Rahmen einer neuen Aufgabenteilung ist dieser Posten nun in meinem Ressort.

Seite 68 - 74: keine Wortmeldungen

Seite 75 , Antrag von **Nicole Kappeler** zum Konto 922 3020 01:

- im Konto 922 3020 01, Besoldungen (Primarschule), ist der Aufwand um Fr. 50'000.-- zu erhöhen

Die Begründungen habe ich in der Fraktionserklärung ausführlich erläutert.

Roger Neukom: Obwohl meine Tochter den B-Unterricht sehr gerne besucht, kann ich diesen Antrag nicht unterstützen. Wir können einfach nicht dem Stadtrat in den Rücken fallen und durch gutes Lobbying Geld wieder frei geben. Wir haben es beim Personal nicht gemacht, was mir auch weh tut und nichts mit mangelnder Wertschätzung zu tun

hat. Es gäbe noch x-Möglichkeiten, wichtige Sachen zu unterstützen, aber es geht im Moment einfach nicht.

Davide Loss: Es geht hier um ein Fach, das viele Kinder aus grossem Interesse besuchen und diese Fr. 50'000.-- müssen wir uns jetzt einfach leisten. Das Fach „Biblische Geschichte“ gehört m. E. zur Allgemeinbildung. Und hier darf nicht gespart werden.

Peter Barmettler: Ich will in Zukunft mindestens ein ausgeglichenes Budget. Jetzt hat der Stadtrat mit grosser Anstrengung ein neues Budget erarbeitet. Blicken wir nochmals zurück: wir hatten einen Antrag z. G. des Personals - das es verdient hätte - für über Fr. 200'000.-- (wiederkehrend), wir hatten einen Antrag Fr. 400'000.-- für die Gemeindegzuschüsse - eine wichtige Sache, und wir haben nun Fr. 50'000.-- für den B-Unterricht. Das ergibt total Fr. 650'000.--, und schon hätten wir wieder ein Defizit.

Franco Rossi: Wenn ich richtig informiert bin, soll der B-Unterricht überkonfessionell geführt werden. Die SP hat sich dafür eingesetzt, dass in der neuen Bundesverfassung der erste Satz „Im Namen Gottes, des Allmächtigen“ gestrichen wurde. Davide, bist du dir sicher, dass wenn wir einen überkonfessionellen B-Unterricht haben, diesem nicht K-Unterricht sagen müssen?

Roger Neukom: Eine Berichtigung für das Publikum: Davide Loss hat etwas von Streichen gesagt. Wir müssen nichts streichen, der Stadtrat hat diese Fr. 50'000.-- bereits gestrichen. Der Antrag hätte das Gegenteil zur Folge, es würde etwas aufgenommen.

Nicole Kappeler: Ich habe mich mit diesem Antrag auch schwer getan. Aber als CVP-Politikerin stehe ich für die christlichen Werte ein. Zu den Befürchtungen betreffend K-Unterricht: wenn wir unsere Kultur und unsere christlichen Grundwerte lehren, kann man eben auch gewissen Befürchtungen entgegenwirken. Ich habe nicht die Angst, dass ein Koran-Unterricht kommt, was wohl mit dem K-Unterricht gemeint ist, wenn ich das richtig interpretiere.

Beschluss zum Antrag von Nicole Kappeler:

Ablehnung mit 13 : 16.

Seite 76 - 109: keine Wortmeldungen

Seite 110, Frage von **Clemens Ruckstuhl** zur Gastankstelle: Im Finanzplan waren dafür einmal Fr. 350'000.-- eingestellt. Im revidierten Budget sind nun Fr. 450'000.-- enthalten. Anfangs dieses Jahres, als ich zwei neue Autos anschaffen musste, habe ich mich beim Finanzvorstand erkundigt, ob die Gastankstelle kommt. Ich habe die Antwort erhalten, dass sie nicht kommt, und deshalb habe ich die Autos mit Benzinmotor bestellt. Kommt nun die Gastankstelle oder nicht und wenn ja, wie viel kostet sie.

Patrick Stutz: Zu den Zahlen kann ich nur sagen, dass die Fr. 450'000.-- im Budget eingesetzt sind. Zur Gastankstelle: Für die Abklärung und Projektierung wurde ein Kredit von rund Fr. 60'000.-- gesprochen. Diese Phase läuft zurzeit noch, es gab Schwierigkeiten mit der Lärmsituation. Wenn der diesbezügliche Bericht vorliegt, wird der Stadtrat darüber befinden und anschliessend dem Gemeinderat einen entsprechenden Antrag stellen. Im Kontext mit dem Verkauf des Gaswerkes ist es so, dass die Gastankstelle Bestandteil davon ist, also mitverkauft würde. Dann ist die Frage, wer die Gastankstelle

realisiert: die Stadt während der Verkaufsphase oder ein allfälliger Käufer nach dem Kauf, was jedoch nicht zwingend wäre. Diese Frage muss innerhalb des Stadtrates geklärt werden.

Ruedi Bräuer: ich kann eine Ergänzung machen. Auf der Seite 110 steht zuoberst Fr. 450'000.--, und weiter unten figuriert eine Rückerstattung von Fr. 160'000.--. Es ist so, dass die Erdgas Ostschweiz diese Tankstelle subventioniert, und sie deshalb für die Stadt günstiger wird.

Seite 111 - 125: keine Wortmeldungen

Roger Neukom stellt einen Rückkommensantrag zu Seite 12: Ich schlage vor, dass wir uns am Sparen auch beteiligen. Ich beantrage Folgendes:

- der Gemeinderat verzichtet im 2008 auf die Grundpauschale (Kto. 010 3000) zu Gunsten des Personals;
- der Stadtrat beteiligt sich auch am Sparen, und zwar mit 10 % seines Salärs (Kt. 030 3000)

Nun beantragt Roger Neukom einen Sitzungsunterbruch, damit die Fraktionen und der Stadtrat über die Anträge beraten können:

Beschluss zum Antrag „Sitzungsunterbruch“ von Roger Neukom:

Genehmigung.

Fortsetzung

Roger Neukom: Wir haben festgestellt, dass meine Anträge nicht möglich sind, denn es gibt dazu das BeStA (Statut über die Entschädigungen an Behörden und Funktionäre), und dieses können wir nicht so spontan ändern. Aber es gibt eine einfachere Möglichkeit, denn mir geht es wirklich darum, ein Zeichen zu setzen gegenüber den Leuten auf der Tribüne, das hat mit Wertschätzung zu tun. Mein jetziger Antrag lautet:

- alle Repräsentationskosten und Spesen-Konti der drei Behörden Gemeinderat, Stadtrat und Schulpflege werden um 50 % gekürzt - es betrifft die Konten 010 3170, 030 3170.01 und 900 3170

Max Stenz: Ich schätze die Idee von dir, Roger, aber mir ist das zu chaotisch. Dies sollte auf die nächste Round Table-Sitzung vertagt werden, dort können solche Einzelheiten besprochen werden. Ich stelle den Gegenantrag, dieses Thema am nächsten Round Table zu besprechen.

Roger Neukom: Damit wir wissen, von wie viel Geld wir sprechen: es sind rund Fr. 35'000.--. Ich halte am Antrag fest, denn die Budgetdebatte findet jetzt statt. Am Round Table können wir keine Beschlüsse fassen, die budgetrelevant sind. Es geht mir ums Prinzip: Heute Abend haben wir einige Anträge zugunsten verschiedener Organisationen und des Personals abgelehnt. Jetzt müssen wir ein Zeichen setzen. Es betrifft niemanden persönlich mit seiner Besoldung, es muss keiner auf seine Entschädigung verzichten.

Beschluss zum Antrag von Roger Neukom, alle Repräsentationskosten und Spesen-Konti der drei Behörden Gemeinderat (010 3170), Stadtrat (030 3170.01) und Schulpflege (900 3170) werden um 50 % gekürzt:

Der Antrag wird mit 15 : 14 Stimmen angenommen.

Somit ist der Antrag von Max Stenz hinfällig.

Beschlüsse zu den Anträgen des Stadtrates vom 5. Februar 2008:

- 7.1 Das Budget 2008 wird vorbehältlich der Annahme der Ziffern 3.16 bis 3.19 festgesetzt:
Genehmigung.
- 7.2 Alle Globalbudgets - Ziffern 3.2 bis 3.15 - werden bewilligt:
Genehmigung.
- 7.3 Die zusätzlichen Abschreibungen im Bereich Abwasserbeseitigung von 1`500`000 Franken werden bewilligt:
Genehmigung.
- 7.4 Die zusätzlichen Abschreibungen im Bereich Wasserversorgung von 500`000 Franken werden bewilligt:
Genehmigung.
- 7.5 Die zusätzlichen Abschreibungen im Bereich Gasversorgung von 1`000`000 Franken werden bewilligt:
Genehmigung.
- 7.6 Die zusätzlichen Abschreibungen im Bereich Alterssiedlung im Tal von 300`000 Franken werden bewilligt:
Genehmigung.
- 7.7 Der einfache Staatssteuerertrag (100 %) wird auf 34`900`000 Franken geschätzt:
Genehmigung.
- 7.8 Der Gemeindesteuerfuss wird auf 110 % festgesetzt:
Genehmigung.
- 7.9 Der budgetierte Ertragsüberschuss von 480`000 Franken wird dem Eigenkapital gutgeschrieben:
Genehmigung.

8. Trinkwasserversorgung Adliswil

Interpellation von Clemens Ruckstuhl und Roger Neukom betr. Trinkwasserversorgung Adliswil, Begründung

Der Ratspräsident: Wie eingangs erwähnt, wird diese Interpellation im Anschluss an die Begründung durch den Stadtrat mündlich beantwortet.

Clemens Ruckstuhl trägt die am 13. Februar 2008 eingereichte Interpellation vor:

„Am Mittwoch 6. Februar 2008 wurde nach Reparaturarbeiten in der ARA Sihltal Brauchwasser in die Trinkwasserversorgung der Stadt Adliswil eingespiesen. Aus der Trinkwasserversorgung entstand in der Folge in einigen Gebieten eine Schmutzwasserversorgung mit Krankheitserregern, die die Gesundheit der Adliswiler Bevölkerung gefährdete. Der Krisenstab wurde aufgeboten und die Notfallsirenen der Stadt ertönten kurz nach 22.10h das erste Mal als Ernstfall. Wie es zu dieser Krisensituation kommen konnte, werden die durch die KAPO eingeleiteten Untersuchungen zeigen. Die Bevölkerung wurde trotz einigen Mängeln einigermassen zufriedenstellend informiert. Warum allerdings das Internet nicht als Informationsplattform genutzt wurde und soviel Zeit bis zur Alarmierung verstrich, ist von der Bevölkerung nicht nachvollziehbar. Die Anstrengungen der Verantwortlichen für schnelle und wirkungsvolle Massnahmen zur Schadensbegrenzung sind lobenswert und sollten der Bevölkerung zum besseren Verständnis näher dargelegt werden. Im Zusammenhang mit diesem Vorfall bleiben aber einige Fragen betreffend Verantwortlichkeiten und Konsequenzen offen.

Ich bitte den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

Betreffend Qualitätssicherung Trinkwasserversorgung:

1. Ist die ARA und die Trinkwasserversorgung Adliswil zertifiziert nach QS (Qualitätsmanagement Systeme) z.B. ISO 9001 oder ISO 14001?
2. Das irrtümlich in die Trinkwasserversorgung eingeleitete Brauchwasser sollte der Qualität des Sihlwassers entsprechen, das heisst, den eidgenössischen Richtlinien und demzufolge geschmacks-, farb- und PH-neutral sein. Gemäss unzähligen Berichten von Betroffenen kam aber aus den Trinkwasserstellen alles andere als „Sihlwasser“, sondern eine stinkende Brühe. Frage: Wie ist es möglich, dass solch schmutziges Brauchwasser im Normalfall in die Sihl abgelassen wird?
3. Wie viele der Brauchwasserproben (Wasserqualität im Abfluss zur Sihl) entsprachen im letzten halben Jahr nicht den gesetzlichen Vorgaben?

Betreffend Alarmierung im Notafall:

4. Warum wurde das Internet (Adliswiler Homepage) nicht als sofortige Informationsplattform genutzt?
5. Warum verstrich soviel Zeit zwischen den ersten Meldungen bei der Wasserversorgung bis zur Alarmierung der Bevölkerung?

Betreffend Kostenfolgen für die Steuerzahler:

6. Wie werden die Kosten dieses Vorfalles innerhalb der betroffenen Amtsstellen der Stadt Adliswil ermittelt und wie werden diese abgerechnet, respektive weiter verrechnet?
7. Wie wird von der Verwaltung sichergestellt, dass **keine** Kosten aus diesem Vorfall in die laufende Rechnung einfließen und dies die RGPK kontrollieren kann?
8. Wie werden die Verbraucher/ Nutzer der Wasserversorgung für die aus diesem Vorfall entstandenen Umstände und Qualitätsminderungen entschädigt oder minder belastet?
9. Hat der beauftragte Installateur, falls dieser haftbar ist, eine ausreichende Haftpflichtversicherung für die mutmassliche Schadenssumme/Kostenfolge?
10. Kam es in Folge der massiven Spülungen des Leitungssystems zu Folgeschäden im Rohrleitungssystem?

Betreffend Auftragserteilung:

11. Hat sich der beauftragte Installateur als Konzessionsinhaber an seine Anzeigepflicht an das Wasserwerk Adliswil gehalten?
12. Wessen Pflicht ist es, dies zu kontrollieren?
13. Gemäss Medienberichten handelte es sich um eine Reparaturarbeit einer bestehenden Anlage, die ersetzt werden musste. Warm war bei dieser Anlage in den vergangenen Jahren oder schon bei der seinerzeitigen Erstellung kein „Netztrenner“, der genau eine solche Gefahr einer Verunreinigung verhindern würde eingebaut worden?
14. Handelte es sich bei dem erteilten Auftrag um einen schriftlichen oder mündlichen Auftrag und von wem wurde dieser erteilt, bzw. wer ist der Auftraggeber?
15. Wurde die Auftragsausführung kontrolliert, wenn ja, durch wen alles?
16. Welches Personal oder externe im Zuge der Sanierungsarbeiten beauftragten Firmen/Personen war während der Auftragsausführung der Arbeiten in der ARA vor Ort?“

Stadträtin Astrid Romer, zur mündlichen Beantwortung:

Im Namen der ARA-Kommission und aller Leute, die auf der Anlage arbeiten, bringe ich auch hier unser Bedauern für das, was passiert ist, zum Ausdruck. Zurzeit läuft die Untersuchung durch die Polizei. Deshalb sind wir wegen Befangenheit im Moment nicht in der Lage, die Fragen 9 und 11 bis 16 zu beantworten. Sobald der Polizeibericht vorliegt, werden wir öffentlich entsprechend informieren, und damit werden wir sicher auch auf die Fragen eingehen, die in der Interpellation aufgeführt sind. Entsprechend unseren Aufgaben werden nun Patrick Stutz und ich alle übrigen Fragen beantworten.

Zur 1. Frage:

Die ARA ist nicht zertifiziert. Gemäss AWEL sind im Kanton Zürich bisher nur die grossen Anlagen zertifiziert.

Zur 2. Frage:

Der Klärmeister hat uns erklärt, dass während zirka ein bis zwei Monate aus der betreffenden Leitung kein Brauchwasser gebraucht wurde. Wir vermuten, dass sich das Was-

ser während dieser Zeit verfärbt hat (z. B. durch Rost) und dadurch aber auch erkannt wurde, dass eine Verschmutzung vorliegt. Wir können aber nur von Vermutungen sprechen, da wir keine Wasserproben von betroffenen Leuten hatten.

Zur 3. Frage:

Das Brauchwasser ist gereinigtes Abwasser, und dieses wird in die Sihl abgeleitet. Dieses wird vom AWEL streng kontrolliert. Wir haben soeben den Bericht fürs vergangene Jahr erhalten. Wir haben in den vergangenen Jahren immer wieder einen Wert gehabt, der überschritten war, der Nitrit-Wert. Die Nitrifikation ist ein Problem auf dieser Anlage, weil sie zu klein ist. Deshalb mussten wir sie auch sanieren und erweitern. Neben den Nitrit-Werten waren auch die Ammonium-Werte zu hoch. Am Abend der Wasserverschmutzung hat das AWEL auch Proben vom Brauchwasser untersucht und bestätigt, dass es in Ordnung ist und den Werten entsprochen hat, die zurzeit für die Anlage gelten.

Stadtrat Patrick Stutz, zur mündlichen Beantwortung:

Zuerst zur 5. Frage:

Der erste Anruf ging um 18.03 h bei der Wasserversorgung aus dem Raum Sihlhof auf ein Piketetelefon ein. Der Pickettdienst musste sofort vor Ort die Situation anschauen und die Ursache für das verschmutzte Wasser herausfinden. Es wurde relativ rasch erkannt, dass die Verschmutzung von der ARA kommt, und so konnte das Netz der ARA sofort vom Netz der Wasserversorgung getrennt werden. Parallel dazu wurde um 19.15 h die Stadtpolizei und die Feuerwehr aufgeboten. Gleichzeitig wurde bereits mit den Spülungen der Wasserleitungen begonnen und der Kantonschemiker, die Kantonspolizei, der Krisenstab sowie Teile vom Stadtrat wurden aufgeboten. Daraufhin musste zuerst der Umfang des Schaden, das betroffene Leitungsnetz und die betroffenen Haushalte eruiert werden sowie wer kann wie informiert werden. Um 21.00 h war die Feuerwehr bereit, mittels Lautsprecher zu informieren. Um ca. 21.10 h traf die Kantonspolizei ein, wenig später auch der Kantonschemiker. Es wurde beschlossen, mittels Sirene eine flächendeckende Alarmierung vorzunehmen. Dafür musste aber zuerst eine Medienmitteilung verfasst werden, die vorgängig an die Medien verteilt werden musste, da die Alarmierung mittels Sirene die Bevölkerung aufruft, das Radio einzuschalten. Die Meldung erfolgt eine Minute nach der Sirene und wird dann viertelstündlich wiederholt.

Zur 4. Frage:

Wie erwähnt, musste zuerst herausgefunden werden, was geschehen, wie gross der Schaden und wer davon betroffen war. Aufgrund der Situation wurde in erster Priorität eine flächendeckende Information der Bevölkerung in Form von Radio, Sirenenalarm, Mitteilung via Lautsprecher der Feuerwehr, Alarmierung von Schule und Altersheim, Absprache betreffend Einrichtung einer Einsatzzentrale für eingehende Telefongespräche sowie eine flächendeckende Information am nächsten Morgen mittels Flyer beschlossen. Das Internet wurde entsprechend dem Wissenstand und den vorhandenen Medienmitteilungen mit leichtem Verzug nachgeführt.

Zur 6. und 7. Frage:

Die angefallenen Kosten werden separat erfasst. Nach Abschluss des laufenden Verfahrens werden im Rahmen des Verursacherprinzips die Kosten weiter verrechnet. Im Moment können wir nicht sagen, wer die Kosten zu tragen hat.

Zur 8. Frage:

Gemäss Reglement der Wasserversorgung besteht kein Anspruch auf Entschädigungen bei solchen Vorfällen, und es ist diesbezüglich im Moment auch nichts vorgesehen.

Zur 10. Frage:

Nein. Die Spülung erfolgte koordiniert in Zusammenarbeit zwischen Wasserversorgung und Feuerwehr. Es durften nur in genauer Absprache entsprechende Hydranten gespült werden, um Schäden zu vermeiden oder gar das Netz zum Erliegen zu bringen. Daher dauerte der Spülvorgang auch zirka 12 Stunden. Die Feuerwehr ist im Rahmen der Bedienung der Hydranten ausgebildet.

Clemens Ruckstuhl, zur Beantwortung:

Zur 2. Frage: So wie ich informiert bin, wurde zirka 60'000 m³ Wasser zurück gespiesen. Bezüglich der Verfärbung stimmt für mich das Verhältnis nicht.

Zur 3. Frage habe ich keine Antwort bekommen.

Zu den Fragen 9 und 11 bis 16 - bekomme ich da noch eine Antwort?

Stadträtin Astrid Romer:

Die noch nicht beantworteten Fragen werden später beantwortet.

Zur Präzisierung der Antwort auf die 2. und 3. Frage: Ich stelle mir vor, dass es eine relativ lange Leitung ist, die lange stillgestanden ist. Sie haben heute eine Einladung zur ARA-Besichtigung erhalten, und da kann bestimmt genau gesehen werden, wie lange diese Leitung ist. Die präzise Antwort bezüglich Brauchwasserproben heisst „keine“, weil die Nitrifizierungs-Werte meistens überschritten sind.

9. Verkehrsunfälle Grütstrasse

Interpellation von Susy Senn betr. Verkehrsunfälle Grütstrasse, Begründung

Susy Senn hat am 14. Februar 2008 folgende Interpellation eingereicht:

„Aufgrund eigener Beobachtungen und Aussagen von Anwohnern der Grütstrasse ist seit dem Bau der Hindernisse im Rahmen der Einführung von Tempo 30 das Gefahrenpotential für Unfälle stark angestiegen.

So wurden in den letzten zwei Wochen gleich zwei Mal Hindernisse angefahren und deformiert.

Im letzten Herbst ist ein VBZ-Bus der Linie 184 auf ein solches Hindernis aufgefahren mit entsprechenden unangenehmen Folgen für die Passagiere (Schocks, Verspätungen auf den Fahrplan, etc.).

Da das Ziel einer erfolgreichen Verkehrspolitik sein sollte, Gefahrenpotentiale zu minimieren und Unfälle zu vermeiden, bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Unfälle wurden seit dem Aufstellen der Hindernisse effektiv an der Grütstrasse registriert?
2. Wie viele Unfälle wurden in den drei Jahren vor der Einführung von Tempo 30 an der Grütstrasse gezählt?
3. Weiss der Stadtrat, was zu den Unfällen geführt hat?
4. Ist der Stadtrat der Meinung, die Sicherheit entlang der Grütstrasse hätte sich seit dem Aufstellen der Hindernisse verbessert?
5. Wer trägt die Kosten für das Ersetzen, resp. Reparieren der Hindernisse oder werden deformierte Hindernisse durch die beim Friedhof lagernden Betonklötze ersetzt?
6. Trifft es zu, dass die Hindernisse vor allem nachts schwer zu erkennen sind?
7. Wie gedenkt der Stadtrat die unbefriedigende Situation zu verbessern?“

Susy Senn, zur Begründung:

Bei meinen Slalomfahrten mit dem Velo durch den Hindernisparcours an der Grütstrasse gerate ich immer wieder mal in gefährliche Situationen. Meistens werde ich von einem VBZ-Bus oder einem PW regelrecht verfolgt oder abgedrängt, da man als Velofahrer vom Sanitas herkommend, nur unwesentlich langsamer unterwegs ist, als der motorisierte Verkehr bei Tempo 30.

Schnell habe ich auch gemerkt, dass ich nicht die einzige bin, bei der die Verbauungen an der Grütstrasse Kopfschütteln auslösen über Hindernisse, die den Verkehr beruhigen sollen, ihn aber hauptsächlich behindern. Als multimobile Benutzerin der Grütstrasse, zu Fuss, joggend, per Auto und hauptsächlich per Velo habe ich festgestellt, dass seit letztem Herbst immer wieder einmal die Hindernisse an der Grütstrasse angefahren, resp. verschoben und deformiert worden sind. Was man der Stadt zugute halten muss: Die Hindernisse wurden immer sehr schnell wieder an ihren ursprünglichen Standort zurückgerückt und repariert.

Kaum hatte ich meine Fragen an den Stadtrat eingereicht, ist übrigens bereits ein weiterer Unfall mit Beteiligung von einem VBZ-Bus passiert. Inzwischen habe ich von Anwohnern erfahren, dass weit mehr Unfälle passieren, als der Polizei gemeldet werden. Wenn die Hindernisse dem Aufprall standhalten und nur aufgeschlitzte Pneus, resp. Autos betroffen sind, würden die Vorfälle nicht der Polizei gemeldet.

Die Anwohner, vor allem Familien mit Kindern, sind besorgt, dass durch die abgelenkte Aufmerksamkeit der Autofahrer- und Autofahrerinnen, Fussgänger auf dem Trottoir gefährdet sind. Ein Anwohner, der direkt bei einem Hindernis wohnt, hat festgestellt, dass die Autos durch den Aufprall meistens in Richtung Trottoir geschleudert werden. Kinder die dort spielen, seien deshalb gefährdet.

Es kann nicht in der Absicht der Verantwortlichen der Stadt liegen, dass die Gefahr für Kinder und ältere Fussgänger höher ist, als vor dem Anbringen von Hindernissen.

Schluss der Sitzung: 22.50 Uhr

Für die Richtigkeit:



Ida Hofstetter, Ratssekretärin